



Bundesverfassungsgericht

Zweiter Senat
- Der Berichterstatter -

Bundesverfassungsgericht ♦ Postfach 1771 ♦ 76006 Karlsruhe

Piratenpartei Deutschland
z.H. Herrn Alscher
Pflugstraße 9a
10115 Berlin

EINGEGANGEN AM 11. JUNI 2021

Aktenzeichen

2 BvE 5/21
(bei Antwort bitte angeben)

(0721)

9101-201, -364

Datum

02.06.2021

**Organstreitverfahren der Ökologisch-Demokratischen-Partei (ÖDP)
gegen den Deutschen Bundestag vom 8. April 2021**

Anlage

Sehr geehrter Herr Alscher,

beiliegend übersenden wir Ihnen ein Doppel des Schreibens des Bundestages vom 31. Mai 2021 zur Kenntnisnahme und etwaigen Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Müller
Richter des Bundesverfassungsgerichts

Beglaubigt

(Schnurr)
Regierungsoberinspektorin



Hinweis: Personenbezogene Daten, die uns im Zusammenhang mit der Durchführung von gerichtlichen Verfahren bzw. der Bearbeitung von Justizverwaltungsangelegenheiten übermittelt werden, werden von uns ausschließlich zur Wahrnehmung unserer Aufgaben bzw. zur Erfüllung unserer rechtlichen Verpflichtungen verarbeitet. Rechtsgrundlagen sind Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. e DSGVO i.V.m. § 3 BDSG, Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c DSGVO und die jeweils einschlägigen Verfahrensvorschriften des BVerfGG. Unsere ausführlichen Informationen zum Datenschutz in gerichtlichen Verfahren und Justizverwaltungsangelegenheiten finden Sie auf unserer Internetseite www.bundesverfassungsgericht.de unter dem Menüpunkt „Verfahren“. Auf Wunsch senden wir Ihnen diese Informationen auch in Papierform zu.



Deutscher Bundestag
Ausschuss für Recht
und Verbraucherschutz
Der stellvertretende Vorsitzende

a.v.
Jo
1.6.21

Vizepräsidentin des
Bundesverfassungsgerichts
Vorsitzende des Zweiten Senats
Frau Prof. Dr. Doris König
Postfach 1771
76006 Karlsruhe

Eingang auf G2:
- 1. Juni 2021
Reger

vorab per Fax an: 0721/9101-382

Berlin, 31. Mai 2021
Geschäftszeichen: PA 6-1300-5-19V
Bezug: Meine Schreiben vom 30.
April 2021 und 5. Mai 2021
Anlagen: 18

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-32430
Fax: +49 30 227-36081
rechtsausschuss@bundestag.de

Dienstgebäude:
Konrad-Adenauer-Straße 1
10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin,

unter Bezugnahme auf meine Schreiben vom 30. April und 5. Mai 2021 zum Verfahren 2 BvE 5/21 möchte ich Ihnen mitteilen, dass der Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf BT-Drs. 19/29281 am 20. Mai 2021 in dritter Lesung vom Plenum des Deutschen Bundestages einstimmig beschlossen wurde.

Anbei finden Sie bitte jeweils in neun Ausfertigungen die dem Plenarbeschluss zugrundeliegende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Heimat auf BT-Drs. 19/29800 sowie einen Auszug aus dem Plenarprotokoll der 230. Sitzung der 19. Wahlperiode zu Tagesordnungspunkt 48 b.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Hirte + KA

Deutscher Bundestag

Drucksache 19/29800

19. Wahlperiode

19.05.2021

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)**zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 19/29281 –**Entwurf eines Sechszwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes****A. Problem**

Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag nicht mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind, und andere Wahlvorschlagsträger, die Unterstützerunterschriften beibringen müssen, sind von den Beschränkungen der COVID-19-Pandemie besonders betroffen.

B. Lösung

Für die Wahl des 20. Deutschen Bundestages wird wegen der Beschränkungen durch die COVID-19-Pandemie die Zahl der für Kreiswahlvorschläge und Landeslisten nach dem Bundeswahlgesetz erforderlichen Unterstützerunterschriften auf ein Viertel abgesenkt.

Einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs in unveränderter Fassung.

C. Alternativen

Beibehaltung des bisherigen Rechtszustands.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Durch das Änderungsgesetz entstehen keine Haushaltsausgaben.

E. Erfüllungsaufwand**E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Durch das Änderungsgesetz fällt kein Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung an.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

F. Weitere Kosten

Keine.

Verbleibende
Mittel
aus
den
Bürokratiekosten
aus
Informationspflichten
sind
für
die
Wirtschaft
nicht
zur
Verfügung
gestellt
und
werden
für
andere
Zwecke
verwendet.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 19/29281 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 19. Mai 2021

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Philipp Amthor
Berichtersteller

Mahmut Özdemir (Duisburg)
Berichtersteller

Jochen Haug
Berichtersteller

Konstantin Kuhle
Berichtersteller

Petra Pau
Berichterstellerin

Britta Haßelmann
Berichterstellerin

Nicht für den Bundestag genehmigt

Drucksache 19/29800

- 4 -

Deutscher Bundestag - 19. Wahlperiode

Bericht der Abgeordneten Philipp Amthor, Mahmut Özdemir (Duisburg), Jochen Haug, Konstantin Kuhle, Petra Pau und Britta Haßelmann**I. Überweisung**

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 19/29281** wurde in der 227. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Mai 2021 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuss für **Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 153. Sitzung am 19. Mai 2021 einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs auf **Drucksache 19/29281** empfohlen.

Der Ausschuss für **Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung** hat in seiner 53. Sitzung am 19. Mai 2021 einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs auf **Drucksache 19/29281** empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für **Inneres und Heimat** hat den Gesetzentwurf auf **Drucksache 19/29281** in seiner 141. Sitzung am 19. Mai 2021 abschließend beraten und empfiehlt einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs in unveränderter Fassung.

Berlin, den 19. Mai 2021

Philipp Amthor
Berichtersteller

Mahmut Özdemir (Duisburg)
Berichtersteller

Jochen Haug
Berichtersteller

Konstantin Kuhle
Berichtersteller

Petra Pau
Berichterstellerin

Britta Haßelmann
Berichterstellerin

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht¹

230. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 20. Mai 2021

Inhalt:

Glückwünsche zum Geburtstag des Abgeordneten Hartmut Ebbing	29401 A	d) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundes-schuldenwesengesetzes und anderer Gesetze	
Begrüßung des neuen Abgeordneten Thomas Viesehon	29401 A	Drucksache 19/29572	29401 D
Absetzung der Zusatzpunkte 16, 23, 24 und 25	29401 B	Olaf Scholz, Bundesminister BMF	29402 A
Erweiterung der Tagesordnung	29401 B	Peter Boehringer (AfD)	29402 D
		Markus Uhl (CDU/CSU)	29403 D
		Otto Fricke (FDP)	29404 D
		Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE)	29405 D
		Sven-Christian Kindler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29406 C
		Christian Petry (SPD)	29407 B
		Sven-Christian Kindler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29408 A
		Alexander Radwan (CDU/CSU)	29408 C
Tagesordnungspunkt 11:		Tagesordnungspunkt 12:	
a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 27. Januar 2021 zur Änderung des Vertrags vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus		a) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Filmförderungsgesetzes	
Drucksache 19/29645	29401 C	Drucksachen 19/27515, 19/29694	29409 D
b) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 21. Mai 2014 über die Übertragung von Beiträgen auf den Einheitlichen Abwicklungsfonds und über die gemeinsame Nutzung dieser Beiträge		b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien	
Drucksache 19/29566	29401 D	– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Dr. Götz Frömming, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: Den	
c) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des ESM-Finanzierungsgesetzes			
Drucksache 19/29586	29401 D		

¹⁾ Der gesamte und damit endgültige Stenografische Bericht der 230. Sitzung wird am 26. Mai 2021 veröffentlicht.

Tagesordnungspunkt 47:

- p) Antrag der Abgeordneten Udo Theodor Hemmelgarn, Frank Magnitz, Petr Bystron, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: **Senkung der Mietnebenkosten durch Änderung der Verordnung über die verbrauchsabhängige Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten und Änderung des Eichrechts**
Drucksache 19/29779 29466 C

in Verbindung mit

Tagesordnungspunkt 47:

- q) Antrag der Abgeordneten Joana Cotar, Dr. Michael Ependiller, Uwe Schulz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: **Aufbau und Vermittlung von Datenkompetenz beschleunigen**
Drucksache 19/29776 29467 A

in Verbindung mit

Tagesordnungspunkt 47:

- z) Antrag der Abgeordneten Britta Katharina Dassler, Benjamin Strasser, Stephan Thomae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Sicherheit gewährleisten, die Verbunddatei „Gewalttäter Sport“ reformieren**
Drucksache 19/29703 29467 B

in Verbindung mit

Zusatzpunkt 7:

- e) Antrag der Abgeordneten Joana Cotar, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: **Anreizprogramme für IT-Sicherheit bei der Bundeswehr ausbauen**
Drucksache 19/29783 29467 D

in Verbindung mit

Tagesordnungspunkt 43:

- Antrag der Abgeordneten Dr. Lukas Köhler, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Für echten Klimaschutz durch technologischen Fortschritt – CO₂-Speicherung als Voraussetzung für Klimaneutralität ermöglichen**
Drucksache 19/29756 29468 A

Tagesordnungspunkt 48:

- a) – Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurfs eines **Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes**
Drucksachen 19/28788, 19/29798 29468 B
– Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung
Drucksache 19/29799 29468 B

- b) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Sechszwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes**
Drucksachen 19/29281, 19/29800 29468 C

- c) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Zusammenführung von Krebsregisterdaten**
Drucksachen 19/28185, 19/29887 29468 D

- d) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Ausführung des HNS-Übereinkommens 2010 und zur Änderung des Ölschadengesetzes, der Schiffsrechtsrechtlichen Verteilungsordnung, des Seeaufgabengesetzes und des Handelsgesetzbuchs**
Drucksachen 19/27215, 19/29885 29469 A

- e) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Protokoll vom 30. April 2010 zum Internationalen Übereinkommen vom 3. Mai 1996 über Haftung und Entschädigung für Schäden bei der Beförderung gefährlicher und schädlicher Stoffe auf See (HNS-Übereinkommen 2010)**
Drucksachen 19/27216, 19/29885 29469 B

- f) Zweite Beratung und Schlussabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Übereinkommen Nr. 183 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 15. Juni 2000 über den Mutterschutz**
Drucksachen 19/28115, 19/29423 29469 C

- g) Zweite Beratung und Schlussabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Europäischen Übereinkommens vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR)**
Drucksachen 19/28683, 19/29561, 19/29842 29469 D

29468

Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 230. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 20. Mai 2021

Vizepräsident Wolfgang Kubicki

- (A) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Lukas Köhler, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Für echten Klimaschutz durch technologischen Fortschritt – CO₂-Speicherung als Voraussetzung für Klimaneutralität ermöglichen

Drucksache 19/29756

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (f)
Federführung strittig

Interfraktionell wird Überweisung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/29756 mit dem Titel „Für echten Klimaschutz durch technologischen Fortschritt – CO₂-Speicherung als Voraussetzung für Klimaneutralität ermöglichen“ an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD wünschen Federführung beim Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Die Fraktion der FDP wünscht Federführung beim Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Ich lasse zuerst abstimmen über den Überweisungsvorschlag der Fraktion der FDP. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wunderbar. Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen des Hauses bedauerlicherweise abgelehnt.

- (B) Ich lasse nun abstimmen über den Überweisungsvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Federführung beim Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Überweisungsvorschlag gegen die Stimmen sämtlicher Oppositionsfraktionen mit den Stimmen der Regierungsfaktionen angenommen.

Ich rufe auf die Tagesordnungspunkte 48 a bis 48 z sowie Zusatzpunkte 8 a bis 8 g. Es handelt sich um die **Beschlussfassung** zu Vorlagen, zu denen keine **Aussprache** vorgesehen ist.

Tagesordnungspunkt 48 a:

- Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurfs eines **Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes**

Drucksache 19/28788

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)

Drucksache 19/29798

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

Drucksache 19/29799

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/29798, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/

CSU und SPD auf Drucksache 19/28788 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP, AfD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke angenommen. (C)

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Gesetzentwurf gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke mit den Stimmen der übrigen Fraktionen des Hauses angenommen.

Tagesordnungspunkt 48 b:

Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Sechszwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes**

Drucksache 19/29281

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

Drucksache 19/29800

Der Ausschuss für Inneres und Heimat empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/29800, den Gesetzentwurf auf Drucksache 19/29281 anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Keine Gegenstimmen. – Keine Enthaltungen. – Dann ist dieser Gesetzentwurf einstimmig angenommen. (D)

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Gegenstimmen? – Keine. Dann kann ich feststellen, dass dieser Gesetzentwurf in dritter Beratung einstimmig angenommen wurde.

Tagesordnungspunkt 48 c:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Zusammenführung von Krebsregisterdaten**

Drucksache 19/28185

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

Drucksache 19/29887

Der Ausschuss für Gesundheit empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/29887, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 19/28185 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist diese

GESAMT SEITEN 08